

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode, 1987-1988

27.06.1991 - Drucksache 12/1279

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD**Unterstützung des Friedensplanes der Vereinten Nationen für die Westsahara**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der UN-Sicherheitsrat hat am 29. April 1991 den Friedensplan von Perez de Cuellar (S 22464) für die Westsahara einstimmig angenommen und die Aufstellung der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in der Westsahara (MINURSO) genehmigt. Die UN-Vollversammlung hat am 17. Mai 1991 ebenfalls einstimmig das MINURSO-Budget beschlossen.

Angesichts des Leidens und der wirtschaftlichen Belastung, die das sahraische und das marokkanische Volk aufgrund des Krieges in der Westsahara erdulden mußten und entsprechend ihrer Beschlußfassung zum Selbstbestimmungsrecht des sahraischen Volkes (Drs. 12/960 vom 10. September 1990) begrüßt die Bürgerschaft (Landtag), daß damit nunmehr der Weg zu einem konstitutiven Akt der Selbstbestimmung festgelegt, eine rasche Umsetzung des Friedensplanes ermöglicht ist und das Referendum gemäß dem vorgegebenen Zeitplan Ende Januar 1992 in der Westsahara stattfinden wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) erneuert in diesem Zusammenhang ihre Unterstützung des Selbstbestimmungsrechtes des sahraischen Volkes und bekräftigt ihre Unterstützung des Friedensplanes der Vereinten Nationen.

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt in Anbetracht einer Fülle von noch offenen Fragen bei der Durchführung des Referendums ihre Hoffnung darauf, daß die Beteiligten — Marokko und die Polisario — eng mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten, um ein freies und demokratisches Referendum ohne militärische und administrative Beeinträchtigungen zu gewährleisten.

Die Bürgerschaft (Landtag) hält es im Hinblick darauf, daß das Referendum für das sahraische Volk unter den erschwerten Bedingungen der Repatriierung in ihr Land, in dem noch 65 000 marokkanische Soldaten stationiert sein werden und Verwaltungen und Medien von den Marokkanern geführt sind, stattfinden wird, für dringend erforderlich, daß ausgewogene Bedingungen für beide Parteien (u. a. insbesondere Zugang zu den Massenmedien) und Möglichkeiten der internationalen Beobachtung und Kontrolle bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl geschaffen werden.

Christine Wischer, Dittbrenner und Fraktion der SPD

